

SPD 2018: Das Grunddilemma und die Perspektive

1. Die Erfahrung von Aufbruch und Wahlerfolgen nach einer GroKo	2
2. Die Erfahrung von Flügelbildungen, Spaltungen und Wahlniederlagen.....	3
3. Dramatische Lage: Totalabsturz der europäischen Sozialdemokratie?.....	5
4. Rahmenbedingungen für die Stabilisierung und den Wiederaufstieg.....	6
4.1. Themen und Bewegungen	6
4.2. Identität und Geschlossenheit.....	7
4.3. Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit	7
4.4. Machtperspektive und Koalitionsoptionen.....	8
5. Beispiel 1: Klärungen zu Kapitalismus, Menschenbild und Visionen.....	9
5.1. Systemverwaltung, Systemgestaltung, Systemüberwindung?	9
5.2. Menschenbild	11
5.3. Leitideen und Visionen.....	11
6. Beispiel 2: Mobilisierende Mitgliederbefragung.....	13
7. Nachbemerkung.....	14
Literatur	15

1. Die Erfahrung von Aufbruch und Wahlerfolgen nach einer GroKo

1968 befand sich die SPD in einer Großen Koalition und hat in der Regierungsverantwortung gemeinsam mit der CDU/CSU u. a. die Notstandsgesetze verabschiedet. Die vor allem von Studenten und Schülern getragene außerparlamentarische Opposition (APO) hat diese Gesetzgebung als Aktivität zur Untergrabung der Demokratie mit massiven Protesten begleitet, konnte sie aber nicht verhindern. Einige wenige haben danach und im Prozess des Zerfalls der APO den Weg in die SPD (und nicht in die kommunistischen Gruppen aller Couleur) gefunden – auch, weil sich die Jungsozialisten und SPD-Linke vernehmbar als Teil der kritischen Jugend artikuliert und am Widerstand beteiligt haben. In der Zeitschrift „konkret“, damals so etwas wie das Zentralorgan der APO, sah der berühmte Schriftsteller Rolf Hochhuth 1968 den endgültigen Absturz der SPD bei den 1969 bevorstehenden Wahlen voraus. Die Anpassung der Partei an die CDU/CSU und ihre Einbindung in das herrschende System würden keine Option für eine glaubwürdige Alternative eröffnen und in die Wahlniederlage führen. Hochhuth schrieb unter dem Titel „Abschied von der SPD“: „Wie 1914, als sie half, die Kriegskredite im Reichstag zu bewilligen; wie 1918, als Reichspräsident Ebert im Namen Deutschlands und der SPD zum Schutze der ‚bürgerlichen‘ und der reaktionären Parteien die Reichswehr gegen die ‚Roten‘ zu Hilfe holte, so hat sich auch diesmal wieder durch ihre Koalition mit der 1966 abgewirtschafteten CDU die gute alte Tante SPD ‚um das Vaterland verdient gemacht‘ – und das wird ihr, wie anderen Toten auch, wahrscheinlich der Bundespräsident nachrufen, wenn sie nach dem Wahlkampf 1969, stark dezimiert, wieder auf der Oppositionsbank sitzt.“ (konkret Nr. 8, August 1968, S. 36). Eine solche Argumentation kann richtig sein – sie muss aber nicht zwangsläufig richtig sein, wie das gute Wahlergebnis der SPD im Jahr 1969, das Verdrängen der CDU/CSU aus der Regierung und die Übernahme der Kanzlerschaft durch Willy Brandt gezeigt haben. Danach folgte nicht der Niedergang, sondern der Aufstieg der SPD: Die Mitgliederzahl stieg auf über 1 Millionen (1976), bei Wahlen zum Bundestag wurden 45,8% erreicht (1972) und die Partei wurde vor allem durch den langen Atem der Jungsozialisten („Wir sind die SPD der 80er Jahre“) im Zuge eines Generationenwechsels personell erneuert.

Rein theoretisch kann also auch nach einer GroKo gewonnen werden. Die Zauberformel dazu kennt keiner, aber einige Faktoren sind bekannt. Man braucht (1) ein gesellschaftliches Klima, in dem die eigenen Themen auf breites Interesse (und große Zustimmung) stoßen, und (2) für deren kompetente Lösung die eigene Partei steht (Stichworte am Ende der sechziger Jahre vor

allem: Demokratisierung der autoritären Gesellschaft und Aussöhnung mit den im Krieg von Deutschland überfallenen Staaten des Ostens). Hinzukommen muss (3) eine hohe Glaubwürdigkeit des möglichst sympathisch wirkenden Spitzenpersonals (Willy Brandt war z. B. unter Lebensgefahr im Widerstand gegen die Nazis). Personen und Programm müssen Vertrauen produzieren und, wenn möglich, (4) an vorhandene soziale bzw. politische Bewegungen anknüpfen. Dazu muss die Partei (5) Handlungsfähigkeit demonstrieren und in möglichst großer Geschlossenheit agieren. Und am Ende (6) muss den Wählern eine plausible Machtperspektive angeboten werden, was angesichts der Transparenz von Meinungsumfragen auf erschwerte Bedingungen trifft.

Gesellschaftliche Situationen und politische Konstellationen verändern sich im Laufe von Jahren und Jahrzehnten, und es gibt einen längerfristigen Wandel mit langen Wellen der politischen Konjunktur. Die Studentenbewegung des Jahres 1968 war genauso ein Faktor für die Wahlsiege der SPD 1969 und 1972 wie die große Friedens- und Umweltbewegung der achtziger Jahre zur Herausbildung der GRÜNEN beigetragen und den Wahlsieg von Rot-Grün 1998 und die Regierung Schröder/Fischer ermöglicht hat.

2. Die Erfahrung von Flügelbildungen, Spaltungen und Wahlniederlagen

Die Vermutung, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung und/oder der Eintritt in Große Koalitionen zu einer massiven Schwächung der SPD führen, hat sich für die Partei in ihrer langen Geschichte oft sehr brutal bewahrheitet. Der Kern des Problems ist seit über 100 Jahren eindeutig identifizierbar. Solange es ein scheinbar alternativloses kapitalistisches System gibt, hat keine Regierung eine andere Chance, als die Hauptaufgabe des Staates so gut wie möglich zu lösen: die wie auch immer im Detail zu interpretierende Funktion der Stabilisierung eines Systems, das man (vielleicht) mehr oder weniger verändern will. Dieses Grunddilemma kann eskalieren und im Extremfall dazu führen, dass z. B. unter dem Motto „Erst das Land, dann die Partei“ in der Regierungspraxis das Gegenteil der Parteiprogrammatik oder der Wahlversprechen exekutiert wird. Die Folge sind innerparteiliche Spaltungen oder gar Abspaltungen und das Entstehen neuer politischer Formationen außerhalb der Partei.

Die historischen Erfahrungen der SPD sind den aktuellen Mitgliedern und vielen Funktionären und Mandatsträgern wahrscheinlich nur begrenzt im Bewusstsein – innerparteiliche Bildungsarbeit hat keine Relevanz. Als einen „Eckpunkt“ kann man sich z. B. die

Auseinandersetzung zwischen „Reformisten“ (u. a. Eduard Bernstein) und „Revolutionären“ (u. a. Rosa Luxemburg) um die Frage der Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft ins Gedächtnis rufen. Die Mehrheit der SPD entschied sich in der Praxis nach 1914 „für das Land“: Im Parlament wurden in der Opposition Kriegskredite für das Kaiserreich bewilligt und mit dem Eintreten in die Staatsführung nach 1918 im Gefolge der Räterevolution (Staatspräsident war der ehemalige Parteisekretär Ebert) wurde z. B. die Verantwortung für blutige Polizeieinsätze gegen aufständische Arbeiter übernommen. Der linke Flügel sammelte sich zunächst in der Gruppe „Spartakus“ (der Keimzelle der später gegründeten Kommunistischen Partei) und es entstand eine neue Partei, die unabhängige SPD (USPD), als Abspaltung der SPD-Linken. Die USPD bekam bei den Reichstagswahlen 1920 immerhin 17,6% (SPD: 21,9% statt vorher 37,9%), die KPD später bis zu 16,9% (1932, die SPD lag bei 20,4%). Vergessen wird oft die Abspaltung der wenig erfolgreichen linken SAPD im Jahr 1931, in der Willy Brandt in seiner Jugend in Lübeck aktiv war.

Die SPD hat ihr Funktionieren für das Land (oder das kapitalistische System) schon vor 100 Jahren mit der Herausbildung neuer linker Parteien und dem Verlust der Hälfte ihrer Wähler bezahlt. Etwas vordergründig kann man sagen, dass die SPD in der Regierungszeit von Helmut Schmidt mit seinem Kurs zugunsten von Nachrüstung und Atomenergie zur Förderung der Friedens- und Umweltbewegung und zur Herausbildung der GRÜNEN Partei beigetragen und Gerhard Schröder vor allem mit seiner Agenda 2010 die Entfremdung der SPD von den Gewerkschaften und die Stabilisierung der LINKEN Partei bewirkt hat; Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Verteidigung der deutschen Freiheit am Hindukusch hatten hier sicher eine zusätzliche Wirkung. Der jeweilige linke Flügel der SPD hat inhaltlich den GRÜNEN oder den LINKEN häufig näher gestanden als der Regierungspraxis der eigenen Partei, die durch das Programm mal mehr und mal weniger gedeckt war. Eine intern gesplante Partei in der Regierungsverantwortung mit einer zumindest teilweise moderaten konservativen Partei, die manche Außenstehende für sozialdemokratisiert halten, mit zwei eher linken externen Alternativen – keine einfache Konstellation.

Zur vollen Wahrheit gehört auch, dass das (einmal von Thomas von der Vring) als Diagonale von links unten nach rechts oben beschriebene sozialdemokratische Karrieremuster als Verlauf nicht nur von persönlichen Wegen, sondern auch von politischen Veränderungen ganzer Gruppen zu beobachten ist. Widerstand gegen die Anpassung der in der Regel von Mehrheiten getragenen Parteiführung wird organisiert („links“), und einzelne Exponenten des

Widerstands rücken in die Parteiführung auf (oder „linke“ Gruppierungen erringen gar die Macht in der Partei) – um dann in der Regierungsverantwortung die Prioritäten zugunsten der Stabilisierung des Systems („erst das Land“) zu verschieben und im Bündnis mit „alten Rechten“ gegen die (wenigen) verbliebenen prinzipientreuen „Linken“ neue Machtachsen zu bilden. Die beschriebenen Mechanismen hat Joachim Raschke schon 1994 am Beispiel der Linken in der Berliner SPD auf 300 Seiten ausführlich analysiert, und auch unser Buch über „Aufstieg und Krise der Generation Schröder“ (Thörmer & Einemann 2007) beschreibt solche Strukturen. Eine aktuelle empirische Beweisführung anhand prominenter Personen würde viel Platz erfordern.

In der Praxis gibt es immer Handlungszwänge, aber oft auch Handlungschancen – die von engagierten Reformern konsequent genutzt, von reinen Karrieristen fahrlässig verschenkt werden. Veränderte Situationen, Erfahrungen und Lernprozesse sowie unabweisable Rollen-Anforderungen bilden häufig den Hintergrund für Veränderungen von Positionen, die diskutierbar und verständlich und kein Beweis für eine niedrigere Moral sind. Aber es geht nicht um einzelne Personen und politische Moral nach dem Motto: Karriere oder Prinzipientreue. Es geht vielmehr um den Umgang mit einem Grunddilemma, dass die europäische Sozialdemokratie nach vielen Krisen inzwischen an den Rand ihrer Existenzfähigkeit gebracht hat. Der Ausfall eines „Bollwerks der Demokratie“ kann spätestens in einer sich zuspitzenden ökonomischen Krise zu tektonischen Beben führen: Am Ende der Weimarer Republik reichten 5 Jahre für den Abstieg der SPD (1928: 29,8%; 1933: 18,3%) und den Aufstieg der Nazis (1928: 2,6%; 1933: 43,9%).

3. Dramatische Lage: Totalabsturz der europäischen Sozialdemokratie?

Zu Beginn des Jahres 2018 ist die Ausgangslage für die SPD allerdings trotz erreichter Regierungsbeteiligung im Bund und Regierungsführerschaft in vielen Bundesländern mehr als dramatisch. Dem Rekord-Tief bei der Bundestagswahl 2017 folgten im April 2018 Umfrageergebnisse zwischen 17% und 19%, in der Presse häufen sich Berichte über den Totalabsturz der europäischen Sozialdemokratie. Die ehemaligen Regierungsparteien z. B. in Frankreich, den Niederlanden und Griechenland erreichten Wahlergebnisse von unter 10% und zerlegen sich teilweise selbst. Viele plagt schon die Horror-Vorstellung vom Verschwinden einer ehemals großen politischen Formation in Europa. Heinz Thörmer und ich haben vor über

10 Jahren mit unserem Buch „Aufstieg und Krise der Generation Schröder“ (Marburg 2007) Alarm geschlagen. Vor allem das schockierende Ergebnis der SPD bei der Europa-Wahl 2004 (21,5%, Verluste von 9,2%) hat uns zur Entwicklung von (ignorierten) Vorschlägen getrieben. Wir hatten damals die „Hoffnung, dass die 140 Jahre alte Tante SPD nicht auseinanderfällt wie ein marodes Gebäude oder implodiert wie ein defektes Fernsehgerät, sondern dass sie sich bei den weiteren Wahlen zumindest stabilisiert.“ (S. 159). Es handelt sich danach um einen Niedergang mit Ansage – eigentlich haben es alle gewusst, aber die Alarmstimmung hat nicht zu einer Generalinventur geführt. Die Dominanz der Tagesprobleme und ihre teilweise rechten, teilweise schlechten Lösungsversuche haben den Eindruck eines Durchwurstelns nach dem Motto „weiter so“ vermittelt. Das wird so nicht weiter gehen können. Notwendig sind eine Zäsur und die Erarbeitung von neuen Perspektiven.

4. Rahmenbedingungen für die Stabilisierung und den Wiederaufstieg

Es gibt wohl kaum jemanden, der mit wenigen Sätzen ein Patentrezept zur Lösung der Probleme liefern kann. Aber man kann versuchen, auf Basis bekannter Faktoren für Erfolge und Misserfolge zumindest Rahmenbedingungen für die Stabilisierung und den Wiederaufstieg der SPD zu benennen. Dabei geht es darum, das zu beeinflussen, was man selber beeinflussen kann und die (sehr differenzierten) gesellschaftlichen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

4.1. Themen und Bewegungen

Sicher kann man keine neuen Massenbewegungen aus dem Boden stampfen und auf die Schnelle Sieger-Themen erfinden, zu deren Lösung primär die Sozialdemokratie geeignet ist. Aber vielleicht lässt sich verhindern, dass große Bewegungen an der Sozialdemokratie vorbei oder gar gegen sie entstehen, die dann Wahlerfolge für schwer berechenbare linke, rechte oder völlig neue Formationen vorbereiten. Dazu gehört Ehrlichkeit statt Selbstbetrug. Bei der Analyse der Wahlniederlage der SPD 2017 wurde kaum darauf hingewiesen, dass die CDU/CSU weit größere Verluste erlitten und dass nicht die Linkspartei wegen des Defizits an sozialer Gerechtigkeit profitiert hat. Fakt ist, dass die angeblich krachend abgewählte Große Koalition mit ca. 14% annähernd so viele Stimmen verloren wie die AFD gewonnen hat – man kann den Eindruck haben, dass viele Bürger primär mit der Lösung der Flüchtlingskrise nicht

einverstanden waren. Hier wird kaum ein Sieger-Thema für die SPD zu erwarten sein, aber man braucht genauso Antworten wie für andere zu identifizierende mögliche Gewinner-Themen – die gibt es gesichert, und sie lassen sich befördern.

4.2. Identität und Geschlossenheit

Die Partei braucht (erst recht für das Überleben in einem Vielparteien-System) eine Identität, die sie in ihrem Inneren zusammenhält und nach Außen als „Markenkern“ erscheint. Oberste Führung, zehntausende Funktionäre und hunderttausende Mitglieder brauchen eine verbindende Grundüberzeugung, die zwar unterschiedliche Positionen und auch Flügelbildungen erträgt, aber die Existenz von zwei oder mehr Parteien in der Partei mit der Gefahr von Spaltungen verhindert. Das permanente Austarieren von Formelkompromissen und Proporzentscheidungen zwischen mehreren Parteien unter einem Dach ist das Gegenteil von Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Eine offene und ehrliche Diskussionskultur zur Klärung strittiger Fragen und die Formulierung bestimmter Anforderungen bei der Selektion von Führungspersonal wären mit Sicherheit hilfreich.

4.3. Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit

Die Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit des Spitzenpersonals (und vor allem des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin) ist von entscheidender Bedeutung. Eine Bewertung des Wahlkampfes von Martin Schulz 2017 habe ich an anderer Stelle unter der Überschrift „Unaufrichtigkeit und Unklarheit ergeben keine Perspektive“ (Einemann 2017) vorgenommen. Gerd Schröder und Franz Müntefering wurde mit ihrer Methode zur Durchsetzung der Agenda 2010 ein „Putsch von oben“ (Müntefering nannte das die Verhinderung des Zerredens) und die ernsthafte Beschädigung des „Markenkerns“ der Partei (soziale Gerechtigkeit) vorgeworfen, Sigmar Gabriel hat die Partei häufiger über seine wahren Absichten im Unklaren gelassen (seine Fans nannten es clever, viele fühlten sich arg getäuscht) und Martin Schulz hat nach der vielfachen Verkündung von Unsinnigkeiten (an die er selbst nicht geglaubt hat) eine nicht ganz unbekannte Idee umzusetzen versucht: gegen öffentliche Ankündigungen Minister werden nach dem Motto „erst die eigene Person, dann die Partei“. Es ist fahrlässig, die Macht der Medien zu unterschätzen – der Sturz von hochrangigen Politikern ist nun einmal das Geschäft von investigativen Journalisten.

Eine personelle Erneuerung beginnt an der obersten Spitze. Wenn glaubwürdige Personen ehrlich mit der Partei umgehen und nach dem Motto „erst die Partei, dann die eigene Person“ handeln, ist schon viel gewonnen. Ein positives Beispiel bietet Malu Dreyer aus Rheinland-Pfalz. Die SPD hat in ihrem Bundesland im März/April 2018 zwei verschiedene Umfragewerte anzubieten: im Falle einer Bundestagswahl käme die SPD auf 23%, bei einer Landtagswahl hingegen würde die Strahlkraft von Malu Dreyer greifen: wohl vor allem dank ihrer sympathischen Ausstrahlung und persönlichen Glaubwürdigkeit könnte die SPD hier mit 37% der Stimmen rechnen (Abweichung 14% nach oben !!!).

4.4. Machtperspektive und Koalitionsoptionen

Inhalte und Personen müssen am Ende zu einer ehrlichen Idee der Rolle der Partei in Gesellschaft und Staat führen und Machtperspektiven (Plural!) eröffnen. Dazu gehört natürlich das Ausloten von Konstellationen „links von der Mitte“, also Rot-Rot-Grün wie z. B. in Berlin. Auch wenn man nicht so dumm ist, das von vornherein auszuschließen oder/und an einer Torpedierung dieses Projekts durch eigene Parteifreunde scheitert (wie Andrea Ypsilanti 2008 in Hessen), kann das schon allein am Wahlergebnis scheitern. Da nicht alle in die Opposition gehen können, droht eine Große Koalition – als Chance zur Umsetzung wenigstens einiger der eigenen Ziele, aber auch als Risiko der Mithaftung für konservative Politik. Eine Spaltung der Partei an dieser Frage ist auch für die „No-Groko-Bewegung“ wenig hilfreich – für eine USPD wird es nicht reichen, und eine gestärkte Linkspartei sowie eine SPD mit jeweils 15% würden die Machtverhältnisse so schnell auch nicht ändern. Man wird dem Grunddilemma von Systemverwaltung und Gestaltungsanspruch nicht entkommen: nicht im Bündnis mit anderen Parteien an der Spitze von Landesregierungen (das lernen ja gerade GRÜNE und LINKE in Koalitionskonstellationen in Baden-Württemberg und Thüringen) und wohl auch nicht in dem unwahrscheinlichen Fall einer absoluten Mehrheit einer Partei oder Parteiengruppe links von der SPD. Natürlich gibt es individuelle Auswege: man kann an einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse arbeiten und sich für Projekte oder Initiativen jenseits von Parteien engagieren, ist dann aber immer auf die machtpolitische Umsetzung von Veränderungen durch andere angewiesen.

Bei allen (unvermeidbaren) Koalitionen kommt es auf die Feinheiten an, es geht weniger um das „Ob“ als vielmehr um das „Wie“: mit welchen Inhalten und Personen geht man in eine (Große) Koalition hinein, und welche Chancen hat man, erfolgreich wieder aus ihr

herauszukommen? Hilfreich ist die Trennung von Parteivorsitz und Ministeramt als Signal: die Partei hat die Freiheit, weitergehende Vorstellungen zu entwickeln und (solidarische!) Kritik am Regierungshandeln zu formulieren. So ist es der SPD z. B. in der Regierungszeit von Helmut Schmidt gut bekommen, dass der Parteivorsitzende Willy Brandt eine gewisse Distanz zur Bundesregierung hatte und u. a. Kontakte in die Friedensbewegung halten konnte. Die Arbeit in einer (großen) Koalition muss nicht zwangsläufig zum eigenen Absturz führen. Es kann durchaus als Hoffnungsschimmer interpretiert werden, dass die SPD bei der Europawahl 2004 in einer Regierung von Rot-Grünen nur 21,5% erreichte (natürlich vor allem eine Quittung für die Agenda 2010), bei der Europawahl 2014 als Juniorpartner in der Großen Koalition aber auf 27,3% kam. Umfrageergebnisse von 33% für die SPD im Bund zu Beginn des Jahres 2017 fallen ebenso in die „GroKo-Zeit“ wie das Hamburger Wahlergebnis auf Landesebene, bei dem Olaf Scholz 2005 für die SPD 45,6% erreichte.

5. Beispiel 1: Klärungen zu Kapitalismus, Menschenbild und Visionen

Voraussetzung für den Zusammenhalt der Partei ist die Klärung grundlegender Fragen wie z. B. die nach (1) dem Umgang mit dem Konflikt zwischen erforderlicher Systemverwaltung (in der Regierung) und programmatisch formulierten Interessen an (System-?) Veränderungen, (2) dem Menschenbild (und dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft) oder (3) den Leitideen und Visionen für die längerfristige Zukunft der (Welt-)Gesellschaft. Auch dazu muss es hier bei wenigen Anmerkungen bleiben.

5.1. Systemverwaltung, Systemgestaltung, Systemüberwindung?

Als die Jusos nach ihrer „Linkswende“ 1969 die SPD verändern und den Kapitalismus überwinden wollten, lautete der Kampfbegriff „systemüberwindende Reformen“. Die „rechte“ SPD in der Regierung wollte die Maschen des sozialen Netzes enger stricken (so z. B. eine Formulierung des aus der Gewerkschaft hervorgegangenen langjährigen Arbeitsministers Walter Ahrendt), die Jusos (und insbesondere der ganz linke Juso-Flügel mit dem Anführer Gerd Schröder aus dem Bezirk Hannover) fanden das entschieden zu angepasst und diskutierten über Wege zum Sozialismus. (Wer das alles erlebt hat, dem fällt es schwer, eine Bemerkung zu unterdrücken: es wäre wohl ein Segen gewesen, wenn in der Zeit von Schröders

Kanzlerschaft und der Agenda 2010 noch jemand wie Walter Ahrendt etwas zu sagen gehabt hätte).

Die Diskussion über das Maß an Systemveränderung, das die SPD noch anstrebt, ist für die Identität der Partei von Bedeutung. Wenn sich die Partei darauf beschränkt, eine „soziale Marktwirtschaft“ und „Wohlstand für alle“ erreichen und verteidigen zu wollen (so z. B. der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger im Jahr 2005) – dann werden die Trennlinien zur CDU/CSU zwangsläufig unscharf. Es darf daran erinnert werden, dass das politisch-ökonomische Konzept mit diesen Bezeichnungen als antisozialistisches Ansatz entwickelt und später von Ludwig Erhard zum Credo seiner Politik zunächst als Wirtschaftsminister und später als Kanzler der CDU gemacht wurde. Politisch mit der SPD verbunden ist das Konzept der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (Hauff & Scharpf 1975), das sich als Erfolgsrezept erwiesen hat; eine Leitidee war, in der Weltmarktkonkurrenz durch optimale ökonomische Effizienz z. B. durch Exporterfolge Vorteile zu erzielen und den Wohlstand zu steigern. Die frühere Juso-Kritik (u. a. an einem zu engen Bündnis mit dem nationalen Kapital und an destabilisierenden Effekten von dauerhaften Exportüberschüssen) ist zwar über Jahrzehnte wirkungslos verhallt, aber vielleicht denn doch nicht dauerhaft erledigt.

Der „SPD-Altlinke“ Peter von Oertzen hat in seinem Buch zur Begründung eines „neuen Reformismus“ (1984) ausführlich dargelegt, dass Sozialismus zwar nötig, aber zumindest in Deutschland nicht möglich ist. Die Jusos haben nach sehr langen Diskussionen zwischen 1982 und 1984 alternative sozialistische Konzepte vorgelegt (eine Kurzfassung findet sich z. B. bei Einemann 1984), die nach meiner Auffassung aus heutiger Sicht so (u. a. wegen der geringen Beachtung der Globalisierung der Ökonomie und der in ihrer Dimension noch nicht absehbaren digitalen Vernetzung) nicht mehr haltbar sind. Ich neige inzwischen mehr zu vielen der damals von uns kritisierten Einsichten von Peter von Oertzen. Eine neuere Positionsbestimmung zur Gesellschaftsanalyse (Einemann 2014) mit dem Anspruch, einen Beitrag zur Klärung der Frage „was ist heute links“ zu leisten, fand nur wenige (allerdings weitgehend zustimmende) Leser; die Bremer Jusos hatten keine Zeit für ein Tagesseminar zu diesem Thema. Ein ausdiskutiertes Konzept für einen neuen Reformismus (mit „systemüberwindenden“ Elementen?) wäre ein wichtiger Baustein für eine klare Positionierung der SPD auch gegenüber der CDU/CSU. Wenn sich die SPD als Partei der Gestaltung des Kapitalismus definiert, dann sollte sie nicht hinter die Ideen der katholischen Soziallehre oder des „Arbeitnehmerflügels“ der CDU zurückfallen.

5.2. Menschenbild

Die Frage nach dem der Politik zugrunde liegenden Menschenbild ist von zentraler Bedeutung z. B. für den sozialpolitischen Grundansatz. Um es sehr kurz zu machen: nach meiner Ansicht stimmt es leider nicht, dass der Mensch von Geburt an sozial, edel und gut ist – geboren werden zunächst (zumindest zumeist) kleine Egoisten, die erst nach längeren Lernprozessen zu einem Sozialverhalten in der Lage sind, dass kurzfristige Eigeninteressen zugunsten der Interessen anderer oder längerfristiger Allgemeininteressen zurückzustellen bereit ist. Man kann von jedem Menschen – im Rahmen seiner Möglichkeiten – Beiträge zum Gemeinwohl erwarten, und die Gesellschaft hat z. B. das Recht, Verweigerungshaltungen (auch „Sozialmissbrauch“) zu sanktionieren. Die von Marx in Aussicht gestellte Realisierung des Prinzips „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ im „Reich der Freiheit“ wird sich auf absehbare Zeit ohne persönliche Leistungen zumindest nicht für alle realisieren lassen. Eine solche Position ist weder asozial noch inhuman. Die Idee vom „Fordern und Fördern“ halte ich nicht für das Kernproblem der Agenda 2010; das liegt primär in der „Gerechtigkeitslücke“ bei der Behandlung von Menschen, die lange für die Gesellschaft Werte geschaffen und in Sicherungssysteme eingezahlt haben und natürlich Abstiegsgänge entwickeln, wenn sie nach sehr kurzer Zeit den gleichen Status wie Menschen bekommen, die sich nicht besonders für die deutsche Gesellschaft verdient gemacht haben. Die SPD braucht eine gründliche und offene Debatte um die Agenda 2010 und Hartz IV auf Basis der Klärung ihres Menschenbildes und wird weitere Erklärungen liefern müssen, wenn sie verlorenen Boden wieder gut machen will (die 33% in den Umfragen zu Beginn des Jahres 2017 hatten sicher auch mit der Ankündigung zu tun, die Agenda 2010 neu zu bewerten; das Thema war dann mit Gerd Schröders Auftritt auf dem Wahlparteitag wohl vorerst erledigt).

5.3. Leitideen und Visionen

Für die Gestaltung der Zukunft braucht man eine Idee davon, wie diese denn im Idealfall aussehen sollte und wie man dem Ziel etwas näherkommen kann. Die Vision einer sozial-ökologischen, friedlichen und von Nachhaltigkeit geprägten Weltgesellschaft verlangt natürlich eine Konkretisierung. Schlagworte wie soziale Gerechtigkeit, human gestaltete Modernisierung, sichere Beschäftigung, wirtschaftliches Wohlergehen, Sicherheit, Frieden und Gesundheit für Mensch und Umwelt (Nachhaltigkeit) über die Grenzen Deutschlands

hinaus (in der globalisierten Welt gibt es eine Verantwortung für nicht nur für die eigene Nation, sondern auch für die Weltentwicklung, von der das eigene Wohl massiv abhängt) werden hier konstitutiv sein.

Konzepte zur ökologischen Zukunftsgestaltung wurden in der SPD schon diskutiert, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab (prominent z. B. von Erhard Eppler, der schon 1975 das Buch „Ende oder Wende“ geschrieben hat), und der ehemalige stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende (neben vielen weiteren Funktionen in der SPD) Hermann Scheer war 1988 der erste Präsident des internationalen Vereins Eurosolar. Wir haben in Bremen zu Beginn der achtziger Jahre kreative sozial-ökologische Zukunftskonzepte aufgegriffen, in der gewerkschaftsnahen Arbeiterbildung erprobt und in die Diskussion bei Jusos und SPD eingebracht (Einemann & Lübbing 1985). Spätestens mit dem Berliner Parteitag 1990 haben solche Vorstellungen die Programmatik der SPD dominiert – hier geht es (von einzelnen Fragen abgesehen) mehr um Zuspitzungen und Klärungen als um völliges Neuland.

Die Relevanz einer klaren Programmatik lässt sich am Beispiel der „Diesel-Krise“ verdeutlichen. Die Unternehmenskonstellation bei Volkswagen kommt einigen sozialistischen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie (Großaktionär ist das sozialdemokratisch regierte Bundesland Niedersachsen, Personalvorstand war der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing) und Mitbestimmung (im Aufsichtsrat sind die IG Metall und der Betriebsrat stark vertreten) schon sehr nahe. In der Zeit massiver Luftverschmutzung in den Städten mit negativen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung und von drohenden Fahrverboten für Diesel-PKW, bei deren Schadstoffangaben der VW-Konzern nachweislich betrogen hat, weist das Unternehmen im Jahr 2017 einen Gewinn nach Steuern von über 11 Milliarden Euro aus. Eine Entschädigung für betrogene Autofahrer wie in den USA will und kann der Konzern nicht zahlen, weil er dann angeblich pleite wäre. Verantwortlich und nachhaltig wäre, zumindest den Gewinn für die Nachrüstung von „Schummel-Autos“ einzusetzen; stattdessen gab es die arbeitnehmerfreundliche Lösung: jeder VW-Arbeiter bekam 4.100 € Bonus. Das sei ihnen persönlich gegönnt, ist politisch aber nicht zu vermitteln, wenn es letztlich auf Kosten von gutgläubigen Autokäufern oder des Steuerzahlers geht. Immerhin hat die neue SPD-Umweltministerin Svenja Schulze die Idee, den Autokonzernen eine Beteiligung an den notwendigen Nachrüstungen abzuverlangen. Das Prinzip sollte lauten: Nachhaltigkeit statt Bereicherung weniger auf Kosten von Menschen und Umwelt.

6. Beispiel 2: Mobilisierende Mitgliederbefragung

In den Jahren von 1991 bis 1993 gab es in der Bonner SPD-Parteizentrale (bei noch über 900.000 Mitgliedern) das Projekt „SPD 2000“, bei dem es um die organisatorische Erneuerung der Partei ging; wesentliche Elemente wurden in dem Buch „SPD 2000“ (Blessing 1993) dokumentiert. Ein Resultat der Überlegungen war, die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Einführung von Mitgliedervoten als Instrument der innerparteilichen Willensbildung zu schaffen. Die erste Anwendung verdankt die Partei dann Johannes Rau, der nach dem Rücktritt von Björn Engholm als amtierender Parteivorsitzender eine Mitgliederbefragung zur Auswahl des Parteivorsitzenden (mit dem Ergebnis der Wahl von Rudolf Scharping zum Parteivorsitzenden) durchgesetzt hat. Ein kluger Kopf hat das als „paradoxe Intervention“ bezeichnet, weil der Landesverband Nordrhein-Westfalen unter normalen Umständen seine Interessen immer auf Parteitag durchsetzen konnte. (Man darf vermuten, dass Rau 1993 vor allem Gerd Schröder an der Spitze verhindern wollte und ihm das auf einem Parteitag nicht gesichert erschien). Das inzwischen mehrfach (auf Bundesebene bei den GroKo-Entscheidungen 2013 und 2018) erprobte Instrument der Basisbefragung kann allerdings auch zur Einleitung von innerparteilich höchst bedeutsamen politischen Prozessen genutzt werden. Mein Buchbeitrag zu „SPD 2000“ lautete damals „Befragungsaktionen und Zukunftswerkstätten als Instrumente der Organisationspolitik“ (Einemann 1993). Wir hatten zu Beginn der achtziger Jahre in Bremen in der betriebsnahen Arbeiterbildung das Konzept der „mobilisierenden Betroffenenforschung“ mit Beschäftigten und ihren IG Metall-Betriebsräten in der Werftindustrie und im Flugzeugbau erfolgreich eingesetzt (Einemann & Lübbling 1987) und mein Vorschlag war, in der Parteiarbeit darauf zurückzugreifen.

Die Idee habe ich 1993 (S. 82) so skizziert: Das Ziel von innerparteilichen ‚mobilisierenden Befragungsaktivitäten‘ besteht darin, eine Optimierung der politischen Arbeit im Dialog mit den ‚Betroffenen‘ zu erreichen. Das Grundmuster besteht darin,

- von einer kleinen Projektgruppe besonders Engagierter einen Fragebogen entwickeln und testen zu lassen,
- den Befragten den Fragebogen mit entsprechender Werbung zugehen zu lassen und ihn mit einer möglichst hohen Beteiligung zurück zu erhalten,
- eine Auswertung vorzunehmen und strategische Konsequenzen zu formulieren
- die Ergebnisse der Befragung allen Befragten zurück zu vermitteln sowie

- eine politische Diskussion unter möglichst breiter Beteiligung über die Ergebnisse der Befragung zu erreichen.

Auf diesem Weg besteht auch die Möglichkeit, Hinweise auf Beteiligungschancen für die Befragten zu geben: Sie werden zu Diskussionen eingeladen, und sie werden möglicherweise auch nach ihrer Aktivitätsbereitschaft gefragt, die wiederum die Grundlage für neue Angebote der Partei sein könnte.

2007 haben wir (Thörmer & Einemann 2007, S. 159) den Vorschlag in anderer Form erneut vorgetragen: Wenn sich die Basis zu wichtigen Dingen wirklich gefragt fühlt, kann eine überraschende Aktivität entstehen. Unser Vorschlag: macht eine „mobilisierende Mitgliederbefragung“. Schickt die Funktionäre mit Fragebögen in die Wohnzimmer oder ruft die Mitglieder in die Versammlungslokale, wertet die Ergebnisse aus und macht sie zum Gegenstand einer breiten Kommunikation in den Ortsvereinen. Nehmt die Meinungsbildung von unten ernst, fragt nach Gründen für den Frust und nach Alternativ-Ideen. Konfrontiert die Regierenden mit den Wünschen der Partei und erklärt, was geht und was nicht. Ein sicherer Nebeneffekt: die journalistische Begleitung der Aktion wird einen unbezahlbaren Werbewert bekommen und möglicherweise ja sogar zu einer Umkehr des negativen Trends bei der Mitgliederentwicklung beitragen.

Heute würde man ergänzen: es eröffnet sich die Chance zur Klärung vieler Positionen, zur Stärkung des Zusammenhalts in der Partei, zur Bekämpfung von Frustrationen, zur Erhöhung der Wahlkampffähigkeit und zur Verhinderung von Parteiaustritten und vielleicht ja sogar zur Gewinnung neuer Mitglieder. Und vielleicht gelingt es ja auch, mit neuer Glaubwürdigkeit ehemalige Mitglieder und Multiplikatoren zumindest als Unterstützer zurückzugewinnen.

7. Nachbemerkung

Dieser Text wurde vor dem SPD-Parteitag Ende April 2018 verfasst. Insofern konnten die ersten parteioffiziellen Ansätze zur „Erneuerung“ nicht in die Überlegungen einbezogen werden. Zu befürchten ist allerdings, dass die inhaltlichen Diskussionen auf die aktuellen Kernthemen begrenzt bleiben und tiefergehende Grundsatzfragen bestenfalls in den kleinen Zirkeln der „üblichen Verdächtigen“ erörtert werden. Und Online-Befragungen von Mitgliedern können auch den Status einer politische eher nebensächlichen „Modernisierungs-

Show“ behalten, wenn sie nicht in Aktivierungs- und Politisierungsprozesse eingebunden werden.

Literatur

Blessing, K.H. (Hrsg.). *SPD 2000*. Marburg: SP-Verlag.

Bofinger, P. (2005). *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*. München: Pearson Studium.

Einemann, E. (1985). SPD: Moderner Kapitalismus oder Sozialismus? *Sozialistische Praxis* Heft 1/85, 24-28. Abrufbar unter

http://www.einemann.de/Dokumente/1985_Moderner_Kapitalismus.pdf

Einemann, E. & Lübbling, E. (1985). *Anders Produzieren*. Marburg: SP-Verlag. Abrufbar unter http://einemann.de/Schriften/1985_Alternative_Produktion_Buch.html

Einemann, E. & Lübbling, E. (1987). *Politisches Lernen und Handeln im Betrieb*. Marburg: SP Verlag. Abrufbar unter

http://www.einemann.de/Schriften/1987_Projekt_Pol_Bildung_Buch.html

Einemann, E. (1993). Befragungsaktionen und Zukunftswerkstätten als Instrumente der Organisationspolitik. In K. H. Blessing (Hrsg.). *SPD 2000* (S. 79-84). Marburg: SP-Verlag. Abrufbar unter http://einemann.de/Schriften/1993_SPD_2000_Buch.html

Einemann, E. (2014). *Bausteine zur Analyse der Gesellschaft*. Abrufbar unter

http://www.einemann.de/Dokumente/Einemann_Gesellschaftsanalyse.pdf

Einemann, E. (2017, 24. Oktober). *Schulz-Wahlkampf 2017: Unaufrichtigkeit und Unklarheit ergeben keine Perspektive*. Abrufbar unter

http://www.einemann.de/Dokumente/2017_Schulz_Wahlkampf.pdf

Eppler, E. (1975). *Ende oder Wende?*. Stuttgart: Kohlhammer.

Hauff, V., & Scharpf, F. W. (1975). *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlags-Anstalt.

Hochhuth, R. (1968). Abschied von der SPD. *konkret* Nr. 8, August 1968, S. 36-40.

Oertzen, P. v. (1984). *Für einen neuen Reformismus*. Hamburg: VSA.

Raschke, J. (1974). *Innerparteiliche Opposition*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Thörmer, H. & Einemann, E. (2007). *Aufstieg und Krise der Generation Schröder*. Marburg: Schüren. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Schriften/2007_SPD_Buch.html.

Edgar Einemann, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., ist seit 1989 Professor im Studiengang Informatik der Hochschule Bremerhaven (Schwerpunkt: Informatik und Gesellschaft). 1968-2013 SPD-Mitglied, viele Funktionen bei den Jusos und in der Partei, u. a. 1992/93 Abteilungsleiter Organisation in der Bonner SPD-Parteizentrale.
URL: www.einemann.de.